

Anfrage

der Abgeordneten Wolfgang Pirkhuber, Eva Mückstein Freundinnen und Freunde an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

betreffend Cannabis als Medizin

BEGRÜNDUNG

Cannabismedizin wird bei Krebs, Multipler Sklerose, chronischen Schmerzen, neurologischen Erkrankungen, Tourette-Syndrom, Morbus Crohn, Glaukom, Immunschwäche und anderen Erkrankungen erfolgreich eingesetzt. Sie lindert auch die Begleitsymptome einer Chemotherapie und sorgt bei KrebspatientInnen für mehr Lebensqualität. Cannabis hat eine stark schmerzstillende Wirkung und ist nachweislich weit weniger belastend für den menschlichen Organismus als Opiate. Für Mediziner gelten Cannabinoide als besonders anwendungssicher.

Seit 1998 ist das Cannabinoid THC, ein Hauptwirkstoff von Cannabis, in Österreich als Therapeutikum zugelassen. Es wird in Österreich hauptsächlich als synthetisches Dronabinol verschrieben. THC ist jedoch nur eines von über 50 Cannabinoiden, die in den Pflanzen enthalten sind. PatientInnen berichten, dass die synthetische Substanz weniger verträglich ist und mehr Nebenwirkungen aufweist als die natürliche Substanz.

Wie in der Sendung Report am 23.9. 2014 berichtet wurde, wird seit 2008 von der AGES Cannabis angebaut und die gewonnenen Blüten an den deutschen Konzern Bionorica weiterverkauft. Dieser verarbeitet die Blüten zu Dronabinol und liefert es wieder an die österreichischen Apotheken.

Leider gibt es derzeit nur wenige ÄrztInnen in Österreich, die Medikamente auf Cannabinoid-Basis verschreiben. Die Medikamente müssen mit einem Suchtgiftrezept verordnet werden und sind chefarztpflichtig. Ein großes Problem für die PatientInnen ist der hohe Preis dieses Arzneimittels. PatientInnen müssen sehr oft die hohen Kosten dafür aus eigener Tasche bezahlen, da die Bewilligungspraxis der ChefärztInnen der Krankenkassen sehr restriktiv ist.

Wesentlich billiger und einfacher wäre die Verschreibung von Cannabisblüten und deren Abgabe in Apotheken. Das ist in Österreich jedoch verboten. Auch dürfen schwerkranke Menschen Cannabis nicht für die eigene medizinische Verwendung anbauen. Durch das hohe Preisniveau und die mangelnde Kostenübernahme werden die PatientInnen in die Illegalität gedrängt und kriminalisiert.

Es haben sich deshalb PatientInnen zusammengetan und in Österreich nach internationalem Vorbild bereits mehrere „Cannabis Social Clubs“ gegründet. Das

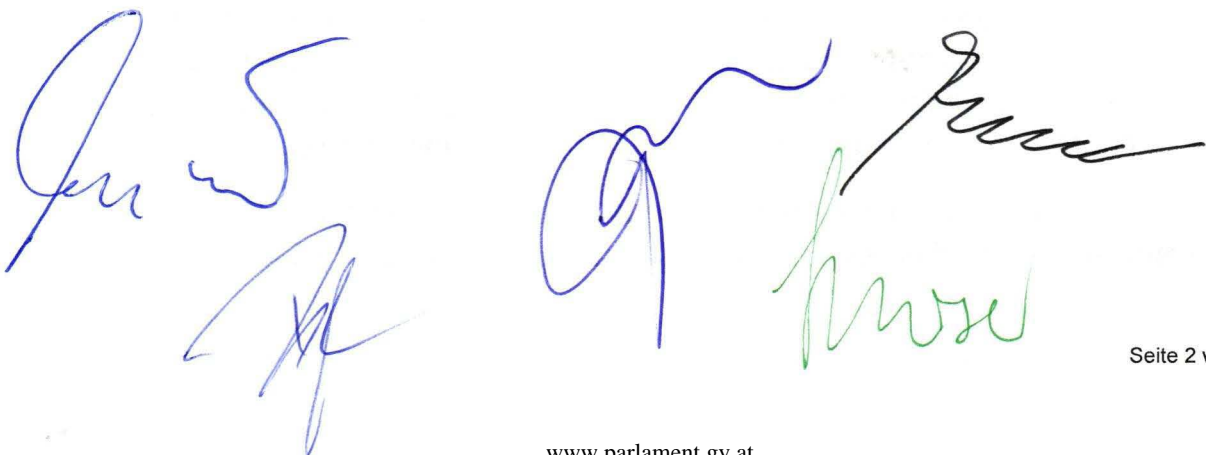
Konzept sieht einen geschlossenen Anbau- und Konsumzyklus vor. Unter ärztlicher Kontrolle sollen die Vereinsmitglieder Hanf zum Selbstkostenpreis erhalten.

Obwohl die medizinische Wirksamkeit von Cannabis schon seit Jahrtausenden bekannt ist, fehlen in Österreich klinische Studien. Diese wären jedoch dringend notwendig, um wissenschaftlich fundierte Informationen zu erhalten, wann, wie und vor allem welche Cannabinoid-Präparate bei welchen Erkrankungen als Medikament sinnvoll

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Wie in der Sendung Report am 23.9.2014 berichtet wurde, baut die AGES in der Spargelfeldgasse 191 im 22. Bezirk Cannabis für medizinische Zwecke an. Grundlage dafür ist § 6a Suchtmittelgesetz. Wie viele Pflanzen und welche Cannabissorten werden an diesem Standort gezüchtet?
- 2) Welche exakten Mengen an Cannabis wurden jährlich seit Aufnahme der Produktion von medizinischem Cannabis durch die AGES geerntet?
- 3) Bei welchem Ministerium liegt die Kontrolle über die finanzielle Gebarung der AGES im Bereich Cannabisproduktion?
- 4) Ist die AGES selbst auskunftspflichtig?
- 5) An welche Arzneimittelhersteller bzw. Forschungseinrichtungen hat die AGES bisher welche Mengen an Cannabis pro Jahr abgegeben (bitte um Auflistung)?
- 6) Hat die AGES vertragliche Liefervereinbarungen gegenüber Arzneimittelherstellern bzw. Forschungseinrichtung, wenn ja, wer sind die Partner und welcher Art sind diese Vereinbarungen?
- 7) Welche finanziellen Aufwendungen hatte die AGES bisher jährlich für die Produktion von Cannabis und wie viel hat die AGES bisher pro Jahr mit ihren Cannabis-Ernten erwirtschaftet?

The image shows several handwritten signatures in blue and green ink, likely representing the members of the parliament mentioned in the text above. The signatures are stylized and vary in length and complexity.